

Neujahrsempfang Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Donnerstag, 17.01.2019 um ca. 19:15 Uhr

Freihaus Brenner, Freihaus 4

83707 Bad Wiessee

Festrede – Perspektiven der Bayerischen Wirtschaft

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung!

Ich freue mich, bei Ihnen zu sein.

Zunächst ein paar Worte zu unserer Organisation – für diejenigen unter Ihnen, die die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft noch nicht so gut kennen.

Mit 132 Mitgliedsverbänden sowie 42 großen Einzelunternehmen, die gemeinsam für 4,8 Millionen Erwerbstätige im Freistaat stehen, ist die vbw die Stimme der bayerischen Wirtschaft.

Wir vertreten die wirtschaftlichen, sozialen sowie gesellschaftspolitischen Interessen unserer Mitglieder. Zu diesen zählt auch der Verein Baustoff Recycling Bayern.

Oberstes Ziel der vbw ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Freistaat zu erhalten und auszubauen.

Konjunktur

Bayern geht es gut. Die wirtschaftlichen Rahmendaten stimmen.

- Im Dezember verzeichneten wir eine Arbeitslosenquote von 2,7 Prozent. Das ist der beste Dezember-Wert seit 1980.
- Zudem ist das bayerische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2018 unserer Prognose zufolge um 2,2 Prozent gestiegen. Die Wirtschaft in Bayern ist damit erneut deutlich stärker gewachsen als im Bund insgesamt. Hier stieg das BIP um 1,5 Prozent.

Gleichzeitig müssen wir aber feststellen, dass sich die Konjunktur abgekühlt hat.

Bis zum Herbst 2018 sind wir noch von +2,5 Prozent Wachstum in Bayern ausgegangen. Doch das schwache zweite Halbjahr hat uns veranlasst, die Prognose um 0,3 Prozentpunkte nach unten zu korrigieren.

Für 2019 erwarten wir einen Anstieg des bayerischen Bruttoinlandsprodukts um nur noch 1,5 Prozent.

Die Abkühlung geht vor allem auf die weltwirtschaftlichen Unsicherheiten zurück.

2019 ist das Jahr der Entscheidungen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen – international, auf europäischer Ebene und national.

International fordern uns zwei Entwicklungen besonders heraus.

Erstens: Ohne einen Ausgleich mit den USA droht die Gefahr, in eine konjunkturelle Abwärtsspirale zu geraten.

Schon jetzt haben die Streitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der EU Auswirkungen auf den Freistaat.

Die Handelszahlen zwischen Bayern und unserem wichtigsten Handelspartner sind rückläufig.

Die Exporte in die USA gingen 2018 voraussichtlich um knapp ein Prozent zurück, die Importe aus den Vereinigten Staaten nach Bayern fielen sogar um fast 18 Prozent.

Was wir jetzt brauchen, ist ein europäisches Signal der Annäherung und eine Deeskalation.

Wir müssen uns noch stärker dafür einsetzen, Zölle abzubauen.

Dass dies auch mit Präsident Trump zu machen ist, zeigt sein Vorschlag, sämtliche Zölle auf Null zu setzen.

Ein Handelskrieg hingegen wäre fatal.

Zweitens: Ohne eine dauerhafte Neudefinition der Beziehungen zu China, unserem zweitwichtigsten Exportmarkt und

drittwichtigsten Handelspartner, gefährden wir unseren Wirtschaftsstandort.

Für uns sind dabei folgende Punkte wichtig:

- Wir müssen Investitionsfreiheit gewährleisten und die Offenheit der Märkte bewahren.
- Wir dürfen aber nicht naiv sein. Ausländische Investitionen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu überprüfen und gegebenenfalls zu beschränken ist legitim.
- Zudem müssen wir für das Prinzip der Reziprozität eintreten. Das heißt: gleicher Marktzugang und gleiche Investitionsbedingungen für ausländische Partner im Sinne einer fairen und regelbasierten Welthandelsordnung.

Von dieser Wechselseitigkeit kann derzeit jedoch keine Rede sein.

Nicht-chinesischen Investoren ist es immer noch nicht möglich, sich in vielen Wirtschaftsbereichen in China zu engagieren.

Demgegenüber versuchen ausländische Investoren aus Ländern mit staatlich gelenkter Wirtschaft verstärkt, bei uns im Freistaat

- industrielle Kernkompetenzen
- Schlüsseltechnologien der Zukunft,
- und kritische Infrastrukturen

einzukaufen. Das muss sich ändern!

Auch auf europäischer Ebene stehen wir vor großen Weichenstellungen.

Ohne die Neuordnung Europas werden wir die internationalen Herausforderungen nicht in den Griff bekommen.

Ob der angesprochene Handelsstreit mit den USA oder die Brexit-Verhandlungen: Europa kann nur mit einer Stimme die notwendige Verhandlungsmacht entfalten!

Als vbw sind wir der Ansicht, dass vor allem in der Handels-, Asyl-, Außen- und Sicherheitspolitik „mehr Europa“ nötig ist.

Dort aber, wo der Ruf nach mehr Europa

- auf mehr Staat,
- mehr Bürokratie und
- mehr Transfers

hinausläuft, werden wir Europa nicht stärker, sondern schwächer machen!

Die Sozialpolitik zum Beispiel muss weiterhin Sache der Mitgliedstaaten sein. Kontraproduktiv ist etwa die immer wieder geäußerte Forderung deutscher Sozialdemokraten, eine Europäische Arbeitslosenversicherung einzuführen.

Sie wäre teuer und ineffektiv. Für manche Staaten wäre sie ein Signal, ihre Reformbemühungen wieder zurückzufahren.

Wir wollen aber nicht, dass sich Arbeitslosigkeit verfestigt! Wir wollen, dass Staaten nach Krisen

aus eigener Kraft wieder auf die Beine kommen.
Das geht am besten über die Stärkung ihrer
Wettbewerbsfähigkeit

Zudem steht im Mai die neunte Europawahl an.
Im Vorfeld gilt es, Populisten und
Europafeinden die Stirn zu bieten und sie
argumentativ zu stellen.

Europa muss stark und stabil sein, aber schlank
bleiben!

National geht es darum, dass wir unsere Zukunft
nicht verspielen. Wir müssen bundespolitisch
eine neue Richtung einschlagen!

Die GroKo in Berlin muss endlich wieder eine
sinnvolle Wirtschaftspolitik machen und damit
die Wettbewerbsfähigkeit unserer
Unternehmen stärken!

Beispiel Energiepolitik: Trotz Gesamtkosten in
Höhe von 520 Milliarden Euro für die
Energiewende bis 2025 werden durch den

aktuellen energiepolitischen Kurs der Bundesregierung die Klimaschutzziele nicht erreicht.

Auch auf bayerischer Ebene brauchen wir ein realistisches energiepolitisches Gesamtkonzept. Nach dem Abschalten der letzten bayerischen Kernkraftwerke Ende 2022 müssen wir in Bayern eine breite Versorgungslücke schließen.

Die Übertragungsleitungen werden nicht vor 2025 fertiggestellt.

Zusätzlich wird im Februar die „Kohlekommission“ ihre Vorschläge zum vorgezogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorlegen.

Die Bayerische Staatsregierung muss alles daransetzen, um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten.

Zudem dürfen unsere Unternehmen wegen der hohen Kosten nicht an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen!

Der bayerische Energiegipfel hat erneut gezeigt, dass es nicht das eine Mittel gibt, um Unternehmen und Bürgern jederzeit eine ausreichende Strommenge zu vernünftigen Preisen garantieren zu können.

Wir brauchen einen Mix! Dazu müssen wir

- zusätzliche Potenziale erneuerbarer Energien erschließen, zum Beispiel im Bereich der Wasserkraft,
- Speichertechnologien voranbringen,
- die Digitalisierung nutzen und das Stromnetz ausbauen.
- Auch moderne Gaskraftwerke leisten einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit, weil sie kurzfristig und bedarfsgerecht eingesetzt werden können.

Jetzt muss es darum gehen, diese zusätzlichen Potenziale herauszuarbeiten und zügig zu nutzen.

Damit können wir die Zeit bis zur Fertigstellung der großen Übertragungsleitungen aus dem Norden überbrücken.

Parallel müssen wir alles daransetzen, um die beiden Übertragungsnetzprojekte SuedLink und SuedOstLink schnell fertigzustellen!

Ein zweiter wichtiger Punkt: In Deutschland muss sich der Umgang mit der Automobilindustrie ändern.

Unsere Leitbranche befindet sich derzeit in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Zentrale Herausforderungen sind

- die Digitalisierung, also das automatisierte und autonome Fahren,
- die technologische Entwicklung bei den Antriebssystemen.

- und die Veränderungen bei Angebot und Nachfrage, etwa Carsharing.

Doch anstatt der Branche in diesen Zeiten den Rücken zu stärken, führen wir in Deutschland eine irrsinnige Diesel-Debatte.

An vielen Messstellen in Bayern ist die Stickstoffdioxidbelastung zuletzt gesunken und liegt unter der Grenze von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Die Luft in Deutschland ist so sauber wie noch nie. Das muss die Umwelthilfe endlich anerkennen!

Im Freistaat steht die Automobilindustrie für 30 Prozent der industriellen Wertschöpfung. Wenn die Automobilindustrie niest, ist Bayern krank! Daher bereiten uns die aktuellen Zahlen Sorge.

- Die Produktion in der bayerischen Automobilindustrie lag von Juli bis November um über acht Prozent niedriger als im Vorjahr.

- Die Pkw-Exporte aus Bayern waren im selben Zeitraum sogar um ein Viertel niedriger als im Vorjahr.

Vieles liegt natürlich an den Problemen bei der Umstellung auf das neu eingeführte Testverfahren WLTP. Aber nicht alles!

Im Strukturwandel der Automobilindustrie haben bayerische Hersteller und Zulieferer insgesamt eine gute Ausgangsposition.

Die Politik muss sie jetzt dabei unterstützen, diesen Vorteil zu nutzen. Etwa dadurch, dass wir den Automobilpakt Bayern, den wir im Sommer geschlossen haben, jetzt mit Leben füllen und konkrete Projekte definieren.

Ein weiteres Beispiel für die Fehlentwicklungen auf Bundesebene ist die Sozial- und Arbeitspolitik.

Die Maßnahmen der Bundesregierung sind hier vor allem teuer und restriktiv!

Die Sozialausgaben liegen mittlerweile bei fast einem Drittel unseres Bruttoinlandsproduktes. Für Zukunftsinvestitionen bleibt nur wenig Spielraum.

Gleichzeitig sind die bürokratischen Belastungen in Deutschland nicht mehr hinnehmbar.

Der Abbau kommt auf Bundesebene nicht voran, ganz im Gegenteil: Es wird immer mehr.

- Entgelttransparenzgesetz
- Brückenteilzeit,
- Entsenderichtlinie und die
- Auswüchse der
Datenschutzgrundverordnung

sind nur wenige aktuelle Beispiele, die die Belastungen der Unternehmer immer weiter erhöhen.

Wir müssen beim Bürokratieabbau 2019 endlich vorankommen.

Zudem brauchen wir ein flexibles Arbeitsrecht.

Wir müssen weg von einer täglichen und hin zu einer wöchentlichen Betrachtung. Und zwar für alle Unternehmen!

Darüber hinaus müssen wir die Herausforderung der Digitalisierung annehmen.

Sie bringt neue und verbesserte Prozesse, Produkte und Geschäftsmodelle mit sich. Auf Unternehmensebene führt das zu Kosteneinsparungen und Umsatzsteigerungen.

Die Digitalisierung hat für unseren gesamten Standort ein riesiges wirtschaftliches Potenzial.

2017 hat sich unser Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft mit dem Thema „Neue Wertschöpfung durch Digitalisierung“ befasst und hierzu eine Studie veröffentlicht.

Danach betrug die digitale Wertschöpfung in Deutschland bereits 2016 rund 332 Milliarden Euro. Das entspricht zwölf Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung.

Gerade für die Kreislaufwirtschaft eröffnen sich durch die digitale Transformation große Wertschöpfungsmöglichkeiten.

Meine Damen und Herren,

Ihr Verband und meine Vereinigung haben bei vielen Themen die gleichen Ziele.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür eintreten, dass wir diese im Jahr 2019 erreichen!

Vielen Dank!